

## ■ MEHR DURCHBLICK BEI DER ZULASSUNG

Andauernde Reformen haben zu einer unübersichtlichen und ineffizienten Zulassungssituation an den deutschen Hochschulen geführt. Das Chaos bei der Hochschulzulassung ist mit hohen Belastungen für die Bewerberinnen und Bewerber verbunden. Außerdem führt es zu einer unvollständigen Ausschöpfung der ohnehin knappen Studienkapazitäten. Die Länder wollen auf diese Entwicklungen mit der Schaffung einer Serviceeinrichtung für das Bewerbungsmanagement reagieren. Das neue Verfahren soll zum WS 2011/12 eingeführt werden. Der Bund hat eine Anschubfinanzierung angeboten.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat nachhaltig auf die rasche Einführung eines solchen Serviceverfahrens gedrängt. Das CDU-geführte Bundesbildungsministerium hat es allerdings nicht geschafft, das Verfahren, wie ursprünglich geplant, schon zum Wintersemester 2009/10 auf die Beine zu stellen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird sehr genau darauf achten, dass es tatsächlich zu Verbesserungen für die Studierenden kommt.

Entscheidend wird sein, dass sich möglichst alle Hochschulen flächendeckend beteiligen. Auch um dieses Ziel zu erreichen und das gegenwärtige Zulassungschaos zu beenden, hat die SPD-Bundestagsfraktion gefordert, die mit der Föderalismusreform 2006 geschaffenen, neuen Gesetzgebungskompetenzen des Bundes in der Hochschulpolitik zu nutzen. Leider war die Schaffung von einheitlichen, bundesgesetzlichen Regelungen zur Hochschulzulassung und zu den Hochschulabschlüssen mit der CDU/CSU bislang nicht zu machen.

## ■ MEHR STIPENDIEN

Neben dem BAföG sind Stipendien für viele Studierende eine wichtige Grundlage zur Finanzierung ihres Studiums. Die wichtigsten Stipendienggeber sind die zahlreichen Begabtenförderwerke. Neben der Studienstiftung des deutschen Volkes gehören dazu u.a. die politischen Stiftungen (z. B. Friedrich-Ebert-Stiftung) und die Stiftung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Hans-Böckler-Stiftung). Die Große Koalition hat den Ausbau der Begabtenförderung vereinbart und sich das Ziel gesetzt, die Förderquote bis 2009 auf etwa ein Prozent jedes Altersjahrgangs zu steigern. So haben wir die Zuschüsse an die Begabtenförderwerke zur Förderung von Studierenden von 80,5 Millionen Euro in 2005

auf 132,3 Millionen Euro in 2009 erhöht und so das Stipendienangebot deutlich erweitert.

## ■ MEHR GELD FÜRS AUSLANDSSTUDIUM

Wir wollen möglichst vielen jungen Leuten die Chance geben, im Rahmen ihres Studiums wertvolle Erfahrungen im Ausland zu sammeln. Daher haben wir nicht nur die Förderung des Auslandsstudiums im BAföG verbessert und die Mittelausstattung der Stipendieneinrichtungen gestärkt, sondern auch die direkte Förderung des internationalen Austauschs erhöht. Sowohl 2006 als auch 2007 konnte die SPD-Bundestagsfraktion in den Haushaltsberatungen eine deutliche Aufstockung der Mittel für den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) und die Alexander von Humboldt-Stiftung um rund 10 Millionen Euro erreichen.

## ■ MEHR CHANCEN FÜR FRAUEN

Ende 2007 haben sich Bund und Länder auf ein Programm geeinigt, das innerhalb eines Zeitraums von fünf Jahren 200 neue Stellen für Professorinnen an den deutschen Hochschulen schaffen soll.



Die Fördermittel in Höhe von 150 Millionen Euro werden je zur Hälfte von Bund und Ländern getragen. Mit dem Programm wollen wir die Gleichstellungspolitik an den Hochschulen fördern, jungen Wissenschaftlerinnen eine akademische Karriere erleichtern und die Anzahl von Frauen bei Professuren erhöhen. Auch dieses Programm wäre ohne die von uns durchgesetzte Kooperationsklausel in Art. 91b Grundgesetz nicht möglich gewesen.

## ■ MEHR GELD FÜR DIE SANIERUNG DER HOCHSCHULEN

Im Rahmen des im Februar 2009 beschlossenen Konjunkturpakets II investieren Bund und Länder 13,3 Milliarden Euro (Bund 10 Milliarden Euro, Länder 3,3 Milliarden Euro) zusätzlich in eine leistungsfähige Infrastruktur in den Ländern und Kommunen. Diese Mittel fließen zu 65 Prozent (8,67 Milliarden Euro) in die Sanierung der Bildungsinfrastruktur. Neben Kindertagesstätten, Kindergärten und Schulen werden damit auch Sanierungsmaßnahmen an Universitäten und Fachhochschulen finanziert.

Die Bildungsquote von 65 Prozent ist von der SPD-Bundestagsfraktion in den Verhandlungen ebenso durchgesetzt worden wie die Öffnung des Investitionsprogramms für die Hochschulen.

## ■ FÜR GEBÜHRENFREIHEIT UND EINE GERECHTERE FINANZIERUNG

Die Hochschulen in Deutschland haben insgesamt zu wenig Geld. Für die SPD steht fest: Studiengebühren sind keine Lösung dieses Problems. Sie sind sozial ungerecht und schrecken viele junge Menschen vom Studium ab. Dort, wo sie von unionsgeführten Landesregierungen eingeführt wurden, schaffen wir sie als SPD – wie in Hessen – wieder ab, wenn sich dazu die Möglichkeit bietet.

Um den Hochschulen eine ausreichende Finanzgrundlage zu sichern, hält die SPD-Bundestagsfraktion stattdessen an der Forderung fest, echte Anreize für die Schaffung und den Erhalt von Studienkapazitäten zu schaffen. Nach dem Prinzip „Geld folgt Studierenden“ sollen Studienplätze nicht von dem Land finanziert werden, das sie anbietet, sondern von dem Land, aus dem die Studierenden kommen.



## Dafür haben wir gesorgt:

Damit möglichst viele junge Leute studieren können und gute Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt, hat die SPD-Bundestagsfraktion immer für das BAföG gekämpft. Zuletzt haben wir zum Wintersemester 2008/2009 das BAföG gegen Widerstände aus der Union um 10 Prozent angehoben. Davon profitieren alle Studierenden. Sie haben mehr Geld in der Tasche, z. B. für Bücher und ihren Lebensunterhalt. Außerdem haben wir durchgesetzt, dass in den Ländern bis 2015 rd. 365.000 zusätzliche Studienanfängerplätze geschaffen werden. An ihrer Finanzierung beteiligt sich der Bund mit mehr als 7 Milliarden Euro. Und weil wir für Chancengleichheit sind, lehnen wir Studiengebühren logischerweise ab.

Durch ein solches „Länderausgleichssystem“ entstünde ein „positiver“ Wettbewerb der Länder um Studierwillige, der im Wesentlichen über die Qualität der angebotenen Studiengänge und die Studienbedingungen vor Ort entschieden würde. Der Bund könnte in diesem Konzept die Finanzierung für ausländische Studierende übernehmen.

## ■ DAS ALLES VERDEUTLICHT...

... es macht auch in der Hochschulpolitik einen erheblichen Unterschied, wer im Bund regiert. Ohne die SPD-Bundestagsfraktion gäbe es keinen Ausbau des BAföG, keine Förderung von Studienplätzen im Hochschulpakt, keine Exzellenzinitiative, keine zusätzlichen Mittel für die Förderung des Auslandsstudiums, keine Juniorprofessuren und kein Professorinnenprogramm zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft – dafür eine schleichende Auszehrung des BAföG durch jahrelange „Nullrunden“. Nur eine starke SPD-Bundestagsfraktion kann garantieren, dass der Bund eine vernünftige und sozial gerechte Hochschulpolitik betreibt, die Chancengleichheit, gute Lehre und offene Hochschulen ins Zentrum stellt und an erster Stelle die Studierenden im Blick hat.

## IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Bundestagsfraktion, Petra Ernstberger MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin

**Bezug/Gesamtherstellung:** SPD-Bundestagsfraktion, Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin oder unter [www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

**Text:** Stefan Hintermeier/Nermin Fazlic

**Fotos:** Reinhard Görner (S. 5-6), David Ausserhofer (S. 8), PHOTOCASE.COM | pip (S. 10)

Juli 2009

Diese Veröffentlichung der SPD-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht als Wahlwerbung verwendet werden.

# GUTES STUDIUM FÜR ALLE

Mehr BAföG, offene Hochschulen



IM AUFTRAG DER FAMILIE!

**SPD**  
BUNDESTAGS  
FRAKTION  
[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## GUTE BILDUNG SCHAFFT BESSERE CHANCEN

Gute Bildung ist die entscheidende Grundlage, die junge Menschen für ihren Lebens- und Berufsweg brauchen. Das oberste bildungspolitische Ziel der SPD-Bundestagsfraktion besteht darin, gleiche Chancen auf gute Bildung für alle zu verwirklichen.

Wir haben unsere Hochschulpolitik klar auf das Ziel ausgerichtet, allen studierwilligen jungen Leuten unabhängig vom Geldbeutel der Eltern ein qualitativ hochwertiges Studium zu ermöglichen. Wir wollen gute Lehre an offenen und international wettbewerbsfähigen Hochschulen.

Diese Ziele spiegeln sich in jedem hochschulpolitischen Schritt, für den wir auf Bundesebene Verantwortung tragen. Wir haben das BAföG mehrfach erhöht, um die Chancengleichheit beim Hochschulzugang zu verbessern. Die SPD-Bundestagsfraktion hat dafür gesorgt, dass der Bund im Hochschulpakt bis 2015 die Aufnahme von über 365.000 zusätzlichen Studienanfängerinnen und -anfängern fördert. Und wir haben mit der Exzellenzinitiative eine neue Dynamik für mehr Qualität an den Hochschulen in Deutschland ausgelöst, von der auch die Lehre und die Studierenden direkt profitieren.

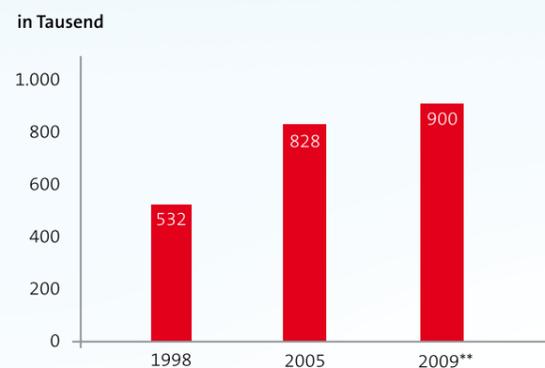
### ■ MEHR BAFÖG – MEHR CHANCENGLEICHHEIT

Das BAföG wurde zum Wintersemester 2008/09 deutlich erhöht und ausgeweitet. Die SPD-Bundestagsfraktion hat die Erhöhung der BAföG-Fördersätze um zehn Prozent und der Einkommensfreibeträge um acht Prozent in der Koalition durchgesetzt. Wäre es nach der Union gegangen, wäre die notwendige BAföG-Erhöhung auf den Sankt-Nimmerleinstag verschoben worden. Wir haben erreicht, dass das BAföG ein leistungsfähiges Instrument zum Abbau finanzieller Hürden beim Hochschulzugang bleibt.

Bereits in der von Gerhard Schröder geführten Regierung haben wir den Raubbau am BAföG aus der Zeit vor 1998 gestoppt und es wieder zu einem attraktiven, effektiven und sozial gerechten Instrument der Bildungsfinanzierung gemacht. Nachdem die Regierung Kohl das BAföG über Jahre auf einen historischen Tiefstand von 780 Millionen Euro im Jahr 1998 herunter gewirtschaftet hatte, haben wir die Mittel des Bundes bis 2005 auf knapp 1,5 Milliarden Euro erhöht und damit innerhalb weniger Jahre fast verdoppelt. 2009 werden die Bildungsinvestitionen beim BAföG nach Schätzungen auf knapp 2,1 Milliarden Euro weiter anwachsen (das sind 164 Prozent mehr als 1998). 2009 fördern wir voraussichtlich rund 370.000 junge Menschen (das sind 69 Prozent mehr als 1998).

Mit dem jüngsten BAföG-Änderungsgesetz ist es uns gelungen, nicht nur eine kleine Novelle auf den Weg zu bringen, sondern tatsächlich eine große BAföG-Reform durchzusetzen. Unsere Reform bringt deutlich mehr Schülerinnen, Schülern und Studierenden spürbar mehr Geld. Mit der Anhebung der Fördersätze um zehn Prozent haben wir die finanzielle Unterstützung der Geförderten gesteigert: So ist beispielsweise der Förderhöchstsatz für Studierende von 585 auf 648 Euro gestiegen. Parallel dazu hat die Erhöhung der Einkommensfreibeträge um acht Prozent zu einer deutlichen Ausweitung der Anspruchsberechtigten geführt.

### BAföG-Geförderte\*



\*Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) \*\* Schätzungen: BMBF

Hinzu kommen weitere Verbesserungen, mit denen wir das BAföG an neue Entwicklungen und veränderte Bedürfnisse der jungen Leute angepasst haben. Hierzu gehören folgende Neuregelungen:

- Die anrechnungsfreie Hinzuverdienstgrenze wurde auf einheitlich 400 Euro monatlich angehoben.
- Die Auslandszuschläge und Auslandsreisekosten werden nun hälftig als Zuschuss ausbezahlt.
- Studierende Eltern erhalten einen neuen Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro für das erste und je 85 Euro für jedes weitere Kind.
- Die Förderung von Studierenden mit Migrationshintergrund wurde durch den Wegfall der Mindestberufszeiten der Eltern deutlich erweitert.
- Künftig ist die Förderung eines kompletten Auslandsstudiums im EU-Ausland oder in der Schweiz ab dem 1. Semester möglich.

Unionsgeführte Länder führen Studiengebühren ein. Die SPD-Bundestagsfraktion sorgt hingegen für mehr und besseres BAföG, damit junge Menschen aus sozial schwächeren Familien finanzielle Hürden bei der Aufnahme eines Studiums überwinden können. Auch eine von der Union immer wieder ins Spiel gebrachte Umwandlung des BAföG in ein Vollدارlehen kommt für die SPD nicht in Frage. Auf die Leistungsfähigkeit des BAföG werden wir auch künftig immer ein wachsames Auge haben.

### ■ MEHR STUDIENPLÄTZE UND BESSERE LEHRE – HOCHSCHULPAKT 2020

Die Zahl der Studienberechtigten wird in Deutschland in den kommenden Jahren erfreulicherweise ansteigen. Um all diesen jungen Menschen die Chance auf einen Studienplatz zu geben, hat sich die SPD-Bundestagsfraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass der Bund einen erheblichen Beitrag dazu leistet, die Länder bei der Schaffung neuer Studienkapazitäten an den Universitäten und Fachhochschulen zu unterstützen. Unser Ziel ist es, die Hochschulen für alle studierwilligen jungen Menschen offen zu halten.

Im Juni 2007 haben Bund und Länder den „Hochschulpakt 2020“ vereinbart. In der ersten Programmphase bis 2010 unterstützt der Bund die deutschen Hochschulen mit über 1,2 Milliarden Euro

und trägt dabei zur Schaffung von über 90.000 zusätzlichen Studienanfängerplätzen bei. Die Länder beteiligen sich an den Kosten der zusätzlichen Studienanfängerplätze mit einer 50-prozentigen Kofinanzierung. Insgesamt hat der Hochschulpakt I ein Gesamtvolumen von 1,9 Milliarden Euro.

### BAföG-Ausgaben des Bundes\*



\* Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) \*\* Schätzung: BMBF

Mit der im Juni 2009 beschlossenen Verlängerung des Hochschulpaktes hat der Bund außerdem zugesagt, bis 2015 weitere 275.000 zusätzliche Studienanfängerplätze mitzufinanzieren. Insgesamt stellt der Bund für die zweite Programmphase des Hochschulpaktes weitere 5,9 Milliarden Euro zur Verfügung. Darin enthalten ist auch ein „Qualitätsaufschlag“ zur Verbesserung der Lehre. Sonderregelungen gibt es für die neuen Länder und die Stadtstaaten, die bereits heute über ihren eigenen Bedarf Studienkapazitäten vorhalten. Das Gesamtvolumen des Hochschulpaktes II beläuft sich auf 9,9 Milliarden Euro.

Neben der Förderung zusätzlicher Studienkapazitäten stärkt der Hochschulpakt auch die Forschungsleistung der Hochschulen. Dies erfolgt über die Vollkostenfinanzierung von Forschungsprojekten durch sogenannte „Programmpauschalen“ (Overhead) für DFG-geförderte Forschungsprojekte. Damit wird die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulforschung weiter verbessert.

Dass der Bund im Rahmen des Hochschulpaktes überhaupt einen Beitrag zum Ausbau der Studienkapazitäten leisten kann, ist dem Einsatz der SPD-Bundestagsfraktion bei der Föderalismusreform 2006 zu verdanken. Ohne die Durchsetzung der Kooperationsklausel in Artikel 91b des Grundgesetzes wären

Bundesinvestitionen in Studienplätze verfassungsrechtlich nicht mehr möglich gewesen. In den Verhandlungen zum Hochschulpakt I wollte CDU-Ministerin Schavan anfangs trotzdem keine Studienplätze fördern. Die SPD hat durchgesetzt, dass der Hochschulpakt auch Studienkapazitäten fördert und damit auf zwei Beinen steht: **der Förderung von Forschung und Lehre.**

### ■ MEHR AUFBRUCHSTIMMUNG AN DEN HOCHSCHULEN – EXZELLENZINITIATIVE

Die von der SPD initiierte Exzellenzinitiative hat zu einem dynamischen Aufbruch in der deutschen Hochschullandschaft geführt. In den ersten beiden Förderrunden sind insgesamt neun Universitäten für fünf Jahre zu Spitzenuniversitäten gekürt worden. Mit den geförderten Forschungsverbänden und Graduiertenschulen erhalten insgesamt 41 Einrichtungen in 13 Bundesländern Mittel aus der Initiative. Bis 2011 wendet allein der Bund 1,4 Milliarden Euro der insgesamt 1,9 Milliarden Euro Fördermittel auf. Auch wenn die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem auf der

dritten Förderlinie der Spitzenuniversitäten liegt, so hat die Exzellenzinitiative erst durch alle drei Förderlinien die erkennbare Dynamik zur Stärkung des Studien- und Forschungsstandortes Deutschland entfaltet. Insgesamt hat die Initiative zu einer Aufbruchstimmung im Hochschulsystem geführt, die vor allem auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs zugute kommt.

Im Juni 2009 haben Bund und Länder beschlossen, die Exzellenzinitiative bis 2017 zu verlängern. Um Neuanträgen und Fortsetzungsanträgen aus den ersten beiden Förderrunden eine gleichberechtigte Chance zu geben, wird das Fördervolumen in der zweiten Phase deutlich aufgestockt. Dabei wird die Förderung der Graduiertenschulen überproportional gestärkt. Insgesamt hat die Exzellenzinitiative II ein Volumen von rd. 3,5 Milliarden Euro, wovon der Bund über 2,6 Milliarden Euro trägt.

